Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch

Freitag, 28. November 2025 | Nr. 48 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Ausblick auf die letzte Session des Jahres
von Nina Fehr Düsel
Seite 2

Kanton Zürich
Probleme erfinden, um die Welt zu retten
von Tobias Infortuna
Seite 3

Aktuell
Immense Asylaufwände belasten die Gemeinden
von René Truninger
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Zürich spielt Monopoly, einziehen darf niemand
von Reto Brüesch
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
SVP-Jassturnier in Hettlingen: Jetzt anmelden!
Seite 8

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

JA zur Mobilitätsinitiative und NEIN zum Vorkaufsrecht, aber JA zum Gegenvorschlag

Diesen Sonntag stehen für unseren Kanton und die ganze Schweiz wegweisende Entscheide an. Insbesondere unsere Mobilitätsinitiative hat Signalwirkung für das ganze Land.

Mit der kantonalen Änderung des Strassengesetzes (Mobilitätsinitiative) und der von linksgrüner Seite lancierten Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» kommen nebst den Begehren «Digitale Integrität» und «Prämienverbilligung» Vorlagen an die Zürcher Urne, die unseren Alltag und unsere Zukunft direkt betreffen. Auch zwei nationale Abstimmungen werden am Sonntag entschieden.

Änderung Strassengesetz (Mobilitätsinitiative): Vier klare Argumente für ein JA

Unsere Mobilitätsinitiative:

- verhindert Stau, denn wer unterwegs ist, will ankommen und nicht im Stau stehen;
- rettet Leben, denn Rettungskräfte und Feuerwehr dürfen nicht durch Tempo 30 ausgebremst werden;
- schützt Quartiere vor Ausweichverkehr, denn wenn der Verkehr auf Hauptstrassen mit Tempo 30 künstlich gebremst wird, verlagert er sich in die Wohngebiete.

Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Entgegen den falschen Behauptungen der Gegner bleibt auf Hauptverkehrsachsen Tempo 50 die Regel. Reduktionen sind nur in Ausnahmefällen möglich. Auf Quartierstrassen mit Tempo 30 ändert sich nichts. **Deshalb ein klares JA zur Änderung des Strassengesetzes (Mobilitätsinitiative)!**

Vorkaufsrecht schafft keine Wohnungen

Nett tituliert mit «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» schafft das Begehren in Wahrheit aber keinen neuen Wohnraum, sondern richtet im Gegenteil Schaden an. Die Initiative verhindert notwendige Investitionen und Sanierungen und verteuert das Wohnen für alle. Schlussendlich wirft das Vorkaufsrecht Steuergelder aus dem Fenster, anstatt wirklich das Problem an der Wurzel zu beheben. Dagegen wirkt der Gegenvorschlag sofort, stärkt mit zusätzlichen Mitteln die kantonale Wohnbauförderung und ermöglicht tatsächlich neuen Wohnraum. **Deshalb NEIN zur Initiative, JA zum Gegenvorschlag und in der Stichfrage: Gegenvorschlag.**

Prämienverbilligung

Zielgerichtete individuelle Prämienverbilligungen (IPV) sind sinnvoll und entlasten Personen und Haushalte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Aber die von linksgrüner Seite – mit Unterstützung der Mitte – vorgesehene IPV-Erhöhung um 50 Millionen Franken im Jahr subventioniert nur Gutverdiener und ist teure Pflästerli-Politik. **Deshalb NEIN zur Prämienverbilligung.**

Für ein Grundrecht auf digitale Integrität

Diese Initiative hätte, wenn überhaupt, nicht in Zürich, sondern national eingereicht werden müssen. Der Datenumgang zwischen Privaten und öffentlichen Institutionen im Kanton Zürich wird im kantonalen IDG (Gesetz über die Information und den Datenschutz) geregelt. Hingegen wird der Datenumgang zwischen Privaten beim Bund in Bern geregelt. Wir haben es hier also mit einem klassisch falsch adressierten Brief zu tun. Neben dem Regierungsrat ist auch der Kantonsrat mit 170 NEIN- gegen nur 5 JA-Stimmen dagegen; eine deutliche Geschlossenheit. **Deshalb NEIN zu dieser Initiative sowie zum Gegenvorschlag!**

National: JUSO-Erbschaftssteuer und Service-citoyen

Lassen Sie sich von den publizierten Umfragen nicht täuschen. Die Rechnung wird erst am 30. November gemacht. Somit brauchen wir auch hier Ihre Stimmen für die Abstimmung in zwei Tagen. Die Gründe für ein NEIN zur unsinnigen Erbschaftssteuerinitiative und ein NEIN zur Service-citoyen-Initiative wurden in den vergangenen Ausgaben des «Zürcher Boten» ausdrücklich dargelegt. **Deshalb klar und deutlich: zwei Mal NEIN bei den nationalen Vorlagen!**

Stimmen Sie noch ab!

Die SVP des Kantons Zürich ruft alle Mitglieder, Sympathisanten und Bürgerinnen und Bürger auf: Nutzen Sie die letzte Gelegenheit, Ihre Stimme abzugeben!

Eine briefliche Stimmabgabe ist nicht mehr möglich. Wer noch nicht abgestimmt hat, soll unbedingt am Sonntag persönlich ins Stimmlokal gehen.

Die SVP wünscht Ihnen einen spannenden und erfolgreichen Abstimmungssonntag!

Der Kantonsrat sagt JA zur Mobilitätsinitiative und die Jungparteien zeigen humorvoll auf, dass auch der Regierungsrat ein JA empfiehlt. Bild: zVg

Christoph Mörgeli

Das Ende langer Illusionen

Die Amerikaner wollen die Ukraine militärisch und finanziell nicht mehr unterstützen. Für die Europäer gilt dasselbe, auch wenn sie das Gegenteil behaupten – und die Ukrainer mit viel warmer Luft zum Weiterkämpfen anfeuern. Wenn es beispielsweise den Deutschen ernst wäre mit ihren Kriegsparolen, müssten sie selber ins Kriegsgeschehen eingreifen. Und Panzer Richtung Russland rollen lassen. Was bekanntlich im 20. Jahrhundert auch schon versucht wurde. Allerdings mit zweifelhaftem Erfolg.

Jeden Tag sterben in der Ukraine noch mehr Menschen. Der Westen verlangt diese Opfer, um zu beweisen, dass Russland der Aggressor ist. Neben den Leichenhaufen werden auch die Kosten Tag für Tag höher. Die Europäer müssen die Zerstörungen schliesslich bezahlen. Mit horrenden Summen, die in die Taschen korrupter Politiker fliessen. Der SVP-Finanzpolitiker Lars Guggisberg spricht allein für die Schweiz von fünf versprochenen Milliarden – neben den jährlichen Milliarden für die 70 000 ukrainischen Schutzsuchenden.

Nach Jahren des Selbstbetrugs sehen selbst die Schweizer Journalisten klarer. «Selenskyj wird wohl einlenken müssen», schreibt mittlerweile Arthur Rutishauser, Chefredaktor der «Sonntagszeitung». Er spricht neuerdings von «drei verlorenen Jahren auf dem Schlachtfeld». Noch dieses Jahr empörte sich derselbe Chefredaktor, dass «die Trump-Administration Putins Annektierung der Krim legitimieren will». Sollte sich das bewahrheiten, dann habe Russland «dank der fast unglaublichen Russland-Freundlichkeit der gegenwärtigen amerikanischen Regierung eines seiner wichtigsten Kriegsziele erreicht».

Derselbe Chefredaktor Rutishauser geisselte eben noch aufs Schärfste den amerikanischen Präsidenten Donald Trump: Weil diesem das Verhalten Selenskyjs nicht passte, «strich er kurzerhand die Militärhilfe an die Ukraine». Seither müsse der ukrainische Staatschef «einen Bückling nach dem andern machen». Doch plötzlich verlangt der Chefredaktor dessen Einlenken. Zu Recht. Nur der Frieden ist der Sieg, bei dem alle gewinnen. Beim Krieg verlieren alle.

SESSIONSAUSBLICK

Die Wintersession startet bald

Die Wintersession startet nächste Woche in Bern. Ausserdem werden wir im Dezember auch Pierre-André Page der SVP als Nationalratspräsidenten vereidigen und feiern. Er wird den Nationalrat ein Jahr lang präsidieren.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Zudem wird Bundesrat Guy Parmelin während der Wintersession eine Feier veranstalten, da er das Bundespräsidium übernehmen wird. Somit ist die SVP im kommenden Jahr an vorderster Front in Bundesrat und Nationalrat vertreten. Ständeratspräsident wird Stefan Engler der Mitte. Traktanden stehen in dieser Session sehr viele auf dem Programm.

Gebühr für Bagatellen auf Notfall

Ein Traktandum ist schon sehr lange in Diskussion und überfällig: Die gesetzlichen Regelungen sind so anzupassen, dass alle Patienten, die eine Spitalnotfallpforte aufsuchen, vor Ort eine Gebühr von mindestens 50 Franken bezahlen müssen. Diese ist nicht an die Franchise oder Kostenbeteiligung anrechenbar. Von dieser Gebühr ausgenommen werden können Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie alle Patienten mit ärztlicher Zuweisung oder einer nachfolgenden stationären Behandlung. Mit einer solchen Pauschale will man verhindern, dass viele Personen (gerade Ausländer) auch mit Bagatellen in den Notfall gehen und so die Gesundheitskosten in die Höhe treiben. Für die SVP wäre eine höhere Gebühr noch besser, aber hoffentlich kann man sich zumindest einmal auf eine Gebühr einigen. Bei einem Notfall kostet es den Patienten weiterhin nichts.

Kartellgesetz

Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft zur Teilrevision des Kartellgesetzes. Mit der vorgeschlagenen Revision wird die Wirksamkeit des Kartellgesetzes verbessert. Dazu wird die Zusammenschlusskontrolle modernisiert, das Kartellzivilrecht gestärkt und das Widerspruchsverfahren verbessert. Zudem werden mehrere parlamentarische Vorstösse umgesetzt. Nun wird dieses Traktandum bald erledigt sein.

Feuerwerksinitiative

Der Bundesrat hat am 16. Oktober 2024 die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk (Feuerwerksinitiative)» verabschiedet. Er empfiehlt dem Parlament, die Initiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag abzulehnen, da Kantone und Gemeinden bereits über die Rechtsgrundlagen verfügen, um Feuerwerke einzuschränken. Auch die SVP teilt diese Ansicht. Für Tiere können laute Feuerwerke zwar belastend sein, aber dies sollte auf kantonaler und kommunaler Ebene geregelt werden. Zu dieser Volksinitiative wird es im Dezember auch viele Sprecher geben.

Kriegsmaterialgesetz

Der Bundesrat hat im Februar 2025 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial zur Kenntnis genommen und die entsprechende Botschaft verabschiedet. Mit der Vorlage soll dem Bundesrat neu die Kompetenz eingeräumt werden, im Falle ausserordentlicher Umstände und zur Wahrung der Interessen der Schweiz von den Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte abzuweichen.

Neue Straftatbestände Cyber

In der Rechtskommission haben wir über neue Straftatbestände im Bereich Kinderschutz diskutiert, dabei geht es um Cybergrooming und Cybermobbing. Vor allem das sexuelle Anbahnen online (Cybergrooming) soll künftig strafrechtlich relevant sein und Kindern online einen besseren Schutz bieten. Dies war parteiübergreifend die Ansicht. Schliesslich folgen in dieser Session viele Anlässe und auch das traditionelle Fraktionsessen im Casino in Bern. Die Wintersession wird sicherlich spannend und intensiv.

Auch in der letzten Session des sich zu Ende neigenden Jahres wird es unter der Bundeskuppel intensiv zu und her gehen. Bild: Adobe Stock

WICHTIGER ERFOLG FÜR DEN GEMEINDEFÖDERALISMUS

Grundstückgewinnsteuer gerät nicht in die Fänge des Kantons

Auf kantonaler Ebene hat die SVP einen weiteren gewichtigen Sieg errungen. Dank politischem Druck hat der Kanton Zürich darauf verzichtet, die Grundstückgewinnsteuern zu 25 Prozent abzuschöpfen. In der Vernehmlassung war man von links bis rechts dagegen. Das ist ein grosser Sieg des Gemeindeföderalismus.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Die Grundstückgewinnsteuer wurde ursprünglich geschaffen, um den Gemeinden Einnahmen aus der Wertsteigerung von Liegenschaften zu sichern. Insbesondere beim Gemeindebudget waren die Grundstückgewinnsteuern eine gern gesehene Möglichkeit, an Gemeindeversammlungen das Budget feinjustieren zu können.

Eingriff in Finanzautonomie

Nun wollte der Kanton diese Mittel jedoch zur allgemeinen Finanzierung von kantonalen Infrastrukturprojekten abschöpfen – ein massiver Eingriff in die finanzielle Autonomie der Gemeinden! Die SVP argumentierte in der Vernehmlassung, dass diese zusätzliche Belastung dazu führe, dass Gemeinden, die bereits sorgsam mit ihren Finanzen umgehen, bestraft würden, während andere von den kantonalen Investitionen profitierten, ohne angemessen zur Kasse gebeten zu werden – insbesondere die Stadt Zürich.

Dank der SVP bleiben die Grundstückgewinnsteuern auch weiterhin bei den Gemeinden. Bild: Pixabay

Geld für Gemeindeinvestitionen

Die SVP lehnte eine weitere Umverteilung entschieden ab und forderte den Kanton auf, mit den vorhandenen Mitteln effizienter zu wirtschaften, anstatt neue Einnahmequellen zulasten der Gemeinden zu erfinden. Einnahmen aus Grundstückverkäufen müssten vor Ort bleiben, um die durch die masslose Zuwanderung nötigen Investitionen zu finanzieren. Es sei inakzeptabel, dass die Gemeinden gezwungen würden, diese Mittel für kantonale Prestigeprojekte abzutreten. «Unsere Gemeinden brauchen dieses Geld für eigene zwingende Investitionen. Eine faktische Enteignung kommt nicht infrage», stellte Kantonsrat Marc Bochsler schon damals klar.

Anfang November hat der Regierungsrat die Notbremse gezogen. Aufgrund des «eindeutigen Ergebnisses» der Vernehmlassung scheine es nicht angezeigt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Beteiligung des Kantons an der Grundstückgewinnsteuer zu unterbreiten.

Zentrumsnutzen endlich berücksichtigen

Langfristig bleibt der grösste Profiteur zukünftiger kantonaler Infrastrukturprojekte die Stadt Zürich – sie erzielt die höchsten Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer und erhält dazu noch jährlich 412 Millionen Franken für die sogenannten Zentrumslasten. SVP-Kantonsrat Marc Bochsler fordert in einer bereits im Februar eingereichten Motion, dass der Zentrumslastenausgleich nicht mehr nur die besonderen Lasten der Städte Zürich und Winterthur berücksichtige, sondern auch die Zentrumsnutzen, die diesen Städten durch ihre Funktion als kantonale Zentren entstehen.

Die bisherige Regelung berücksichtigt ausschliesslich die Lasten, nicht aber die Vorteile, die aus der Zentrumslage entstehen können. Dies führt zu einer unvollständigen Betrachtung und möglicherweise zu einer Überkompensation zulasten des restlichen Kantons.

Regierungsrat will SVP-Motion entgegennehmen

Auf der Basis eines vom Regierungsrat erarbeiteten Kriterienkatalogs sollen einmal pro Legislatur die effektiven Zentrumslasten und Zentrumsnutzen erhoben werden. Die Motion lässt die Zweckbindung des Kulturanteils bestehen; wohl um das Fuder nicht zu überladen. Der Regierungsrat will diese Motion entgegennehmen. Die Linke hat Antrag auf Diskussion im Rat gestellt.

Im Hinblick auf die Gemeindewahlen 2026 zeigt sich die SVP gut vorbereitet. Sie brachte unter anderem ein Volksnein zum schädlichen kantonalen Energiegesetz zustande und hatte jetzt Erfolg bei der Verteidigung der Einnahmen der Grundstückgewinnsteuern für die Gemeinden.

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Linke erfinden neue Probleme

Das kalte Wetter schien den Klimawandel schockgefroren zu haben, ging es doch an diesem Montag um gänzlich andere Themen. Vorweihnachtliche Stimmung kam wegen zu tiefer Gräben betreffend Polizei und Asyl jedoch nicht auf.

Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Der Morgen begann mit einem linken Vorstoss, der fünf Millionen Franken jährlich aus dem Lotteriefonds für weltweite Hilfe für Kinder in Not forderte. Marc Bochsler wies im Namen der SVP vergeblich darauf hin, dass dies Sache des Bundes sei und die Rechtslage bei diesem Fonds keine gebundenen Kosten erlaube. Was mit den fünf Millionen künftig geschehen wird, blieb ein Geheimnis. Vermutlich wird dieses Geld in den Taschen linker Hilfsorganisationen verschwinden. Aber immerhin dürfen Sie sich mit Ihrem nächsten Lottoschein rühmen, den Welthunger bekämpft zu haben. Da wird einem doch gleich weihnachtlich warm ums Herz.

Linke mit zweierlei Mass beim Datenschutz

Anschliessend ging es ein elend langes Elend lang um die Revision des Datenschutzgesetzes. Immer wieder erheiternd bei diesem Thema ist, dass den Linken die Transparenz beim Bankkundengeheimnis nicht weit genug gehen kann, bei Kriminellen hingegen nicht das kleinste Detail offengelegt werden darf. Das Datenschutzgesetz wurde teils im Sinne der SVP, teils im Sinne der Linken revidiert. Wie immer gaben die Parteien der Mitte den Ausschlag.

Linke ignorieren importierte Gewalt

Noch vor der Pause wurden Fraktionserklärungen verlesen, die sich mit der Gewalt gegen Frauen beschäftigten. Die zu diesem Anlass vornehmlich violett gekleideten SP-Frauen schafften es mit Leichtigkeit, die Realität zu verdrängen. Das wahre Problem zeigte dafür Anita Borer (SVP, Uster) auf, die darauf hinwies, dass 58 Prozent der Gewalt gegen Frauen von Ausländern ausgehe. Besonders erschreckend die Zahl bei den Sexualdelikten: Hier handelt es sich bei 3,5 Prozent der Täter um Afghanen, die 0,4 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Bei der Gewalt gegen Frauen handelt es sich also um ein importiertes Problem.

Wenn der Samichlaus Ordnung schafft: Einige Politiker landen wohl direkt im Jutesack. Bild: Adobe Stock

Linke attackieren die Polizei

Danach stand ein Vorstoss aus dem linken Rand der Linken auf der Traktandenliste, der der Polizei Rassismus unterstellte und neue Staatsangestellte forderte, um den Polizisten auf die Finger zu klopfen.

Angeblich wollten die Sozialdemokraten damit das Vertrauen in die Polizei stärken, weil dieses in der Bevölkerung stark gesunken sei. Wer mit dieser Bevölkerung gemeint war, wurde nicht erwähnt; vermutlich Krawallmacher und Hausbesetzer.

Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf) stellte klar, dass diese Rassismusvorwürfe unbegründete Behauptungen seien und es bereits zahlreiche Fach- und Anlaufstellen für diese erfundenen Probleme gebe.

Ehemals Linker kritisiert die Linken

Der ehemals linke Sicherheitsdirektor Mario Fehr wies anschliessend seine früheren Genossen treffend zurecht, indem er eine Statistik zitierte, die der Polizei und der Feuerwehr das höchste Vertrauen in der Bevölkerung bescheinigte.

Ganz am Schluss auf dieser Liste hingegen stünden die Politiker. Es seien die linken Parteien, die den guten Ruf der Polizei hintertreiben würden. Die Linken schäumten. Regierungsrat Fehr wird in diesem Jahr vermutlich keine Weihnachtsguetzli von seiner früheren Fraktion erhalten, nicht einmal vegane.

Linke geben Samichlaus viel zu tun

Danach ging es noch um die Forderung der SVP nach einer separaten Prämienregion für Asylanten, die Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) präsentierte. Während Schweizer Familien unter den Krankenkassenprämien ächzen, erhalten Asylanten nämlich alles gratis (inkl. Zahnarzt), ohne je einen Rappen eingezahlt zu haben. Mittelinks sah aber natürlich auch hier kein Problem. Lieber erfinden sie neue Probleme. Der arme Samichlaus muss dieses Jahr viele Politiker in seinen Sack packen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Mehrheit des Parlamentes sieht sich über dem Gesetz – Gutmenschen im Kantonsrat wollen die Welt retten

Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Der Kantonsrat hat am Montag einmal mehr gezeigt, wie sehr sich einige Parteien von rechtsstaatlichen Grundlagen lösen, sobald moralische Selbsterhöhung lockt. Unter dem Titel «Humanitäre Hilfe für Kinder» sollte ein Vorstoss dringlich erklärt werden, der den Kanton Zürich faktisch in die internationale Entwicklungszusammenarbeit einsteigen lassen würde. Dabei ist selbst die Dringlichkeit fragwürdig: Man kann nichts dringlich erklären, wofür der Kanton gar nicht zuständig ist.

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit ist gemäss Artikel 54 der Bundesverfassung vollständig Kompetenz des Bundes. Es ist nicht Aufgabe des Kantons Zürich, parallele Strukturen zur eidgenössischen Entwicklungshilfe aufzubauen. Dennoch wollten GLP, Die Mitte und EVP genau das, finanziert über den Gemeinnützigen Fonds, der gesetzlich klar auf Projekte im Kanton Zürich ausgerichtet ist. Wiederkehrende Auslandzahlungen sind darin ausdrücklich ausgeschlossen und einmalige Beträge nur in engen, klar definierten Ausnahmen möglich. Ein jährlicher Fünf-Millionen-Betrag wäre rechtlich unhaltbar.

Dass diese Rechtslage im Rat dargelegt wurde, störte die Befürworter nicht. Moralische Signale scheinen wichtiger zu sein als der Respekt vor Verfassung und Verordnung. Was als humanes Anliegen präsentiert wurde, wäre ein klarer Verstoss gegen geltendes Recht und ein gefährlicher Türöffner. Denn sobald der Kanton beginnt, regelmässig Gelder ins Ausland zu überweisen, stehen die nächsten Forderungen bereits bereit: internationale Klimaprojekte, globale Gesundheitsprogramme oder migrationspolitische Initiativen. Damit würde der Kanton Zürich schleichend in die Aussenpolitik eintreten.

Dabei bestehen bereits heute umfangreiche Bundesmittel für humanitäre Hilfe in Milliardenhöhe. Wer trotzdem weitere kantonale Auslandgelder sprechen will, produziert Doppelspurigkeiten, Wirkungslosigkeit und eine Politisierung eines Fonds, der eigentlich lokalen gemeinnützigen Projekten dienen sollte.

Natürlich bewegt das Schicksal von Kindern in Krisenregionen viele Menschen. Doch verantwortungsvolle Politik bedeutet, die Zuständigkeitsordnung einzuhalten und dort zu handeln, wo der Kanton Zürich tatsächlich eine Aufgabe hat: bei Bildung, Sicherheit, Gesundheitsversorgung und sozialer Unterstützung vor Ort.

Wer hingegen im Kantonsrat internationale Symbolpolitik betreibt, verschiebt Mittel vom Kanton weg und vernachlässigt jene Aufgaben, für die wir wirklich verantwortlich sind. Es braucht keinen Kanton Zürich, der die Welt retten will. Es braucht einen Kanton Zürich, der seine Gesetze respektiert und seine Kernaufgaben erfüllt. Genau dafür hat sich die SVP am Montag eingesetzt – gegen eine Mehrheit, die lieber moralisch glänzt, als rechtsstaatlich korrekt zu handeln.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Die Linken wollen mit der Unterstützung der Mitte-Parteien noch mehr finanzielle Geschenke ins Ausland verteilen. Bild: Adobe Stock

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Die Wahrheit über die Asylaufwände

Weisst du, wie hoch die Asylausgaben in deiner Gemeinde sind? Im üblichen Zahlensalat ist das oft kaum zu erkennen – doch wer genauer hinschaut, dem stellen sich die Nackenhaare auf. In den letzten Jahren sind die Aufwände im Asylwesen gestiegen, gestiegen und nochmals gestiegen. Und sie steigen weiter, wenn sich Bundesrat Beat Jans weiter in seiner Traumwelt suhlt.

Gemeinden am Anschlag

Als Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich sehe ich täglich, wie stark unsere Gemeinden unter der völlig aus dem Ruder geratenen Asylpolitik leiden. In den letzten Wochen haben wir deshalb eine Kampagne lanciert, die sichtbar macht, was in offiziellen Stellungnahmen gerne verharmlost wird: Die Asylaufwände explodieren – und zwar in einem Ausmass, das jedes vernünftige Budget sprengt. In einzelnen Gemeinden sind die Aufwendungen in wenigen Jahren um über **1000 bis 2000 Prozent** gestiegen. Wer solche Zahlen sieht, weiss: Das ist kein lokales Problem. Hier versagt ein ganzes System.

Unsere Gemeinden stehen unter massivem Druck. Wohnraum fehlt, Schulräume werden knapp, Sozialdienste arbeiten am Anschlag, die Sicherheitskosten steigen, und überall fehlen die Ressourcen, um die Folgen der verfehlten Asylpolitik von Bund und Kantonen abzufedern. Während die Verantwortlichen in Bern beschwichtigen, bleiben die echten Belastungen an der Basis hängen – dort, wo man sie weder wegdiskutieren noch delegieren kann. Die SVP des Kantons Zürich hat deshalb entschieden, die Entwicklungen mit einer aufwendigen Recherche der Öffentlichkeit transparent aufzuzeigen. Denn nur wer hinschaut, kann Missstände korrigieren.

Andere verschweigen Fakten, SVP schafft Transparenz

Dabei geht es uns keineswegs darum, Gemeinden an den Pranger zu stellen. Im Gegenteil: Viele haben uns in den letzten Wochen ausdrücklich gedankt. Sie sind froh, wenn diese Missstände endlich klar benannt werden. Sie wollen nicht länger jene sein, die die Folgen politischer Schönfärberei ausbaden müssen. Die Bevölkerung spürt die Konsequenzen längst: höhere Steuern und Kriminalität, Dichtestress, schleichende Qualitätsverluste im Service public usw. Trotzdem tun die anderen Parteien so, als seien Fakten und Kritik eine Panikmache. Wenn Fakten eine Panikmache sind, dann haben wir ein Problem mit den Fakten!

Ich bin überzeugt: Eine Politik, die Probleme zu verschweigen versucht (die Probleme sind offensichtlich), verliert das Vertrauen der Menschen. Eine Politik, die aber Missstände klar benennt und Lösungen aufzeigt, schafft Orientierung und Verlässlichkeit. Genau das ist unser Anspruch. Mit unserer aktuellen Kampagne setzen wir ein klares Zeichen: Der Kanton Zürich braucht endlich wieder eine vernünftig gesteuerte Asylpolitik statt gefährliches Lari-Fari. Eine Asylpolitik, die unsere Gemeinden und unsere Leute nicht im Regen stehen lässt.

Eines versprechen wir dir: Die SVP lässt nicht locker. Für eine Asylpolitik, die unser Land nicht überfordert, sondern schützt.

Für eusi Lüüt.

von Domenik Ledergerber

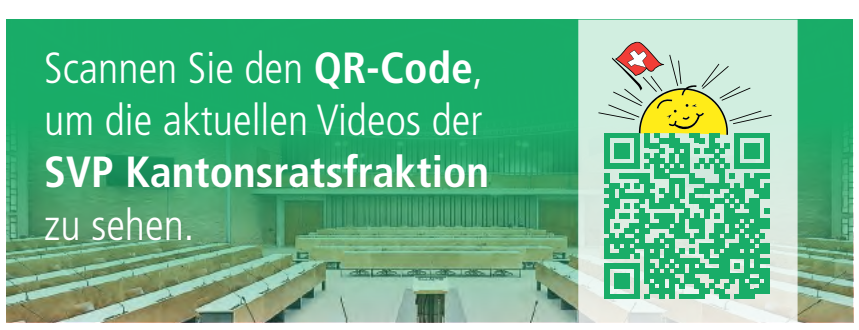
AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten

Budget 2026
Die SVP begrüsst den Kompromiss einer dreiprozentigen Steuersenkung aus der Finanzkommission

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion zum Thema «Gewalt an Frauen»



USTERTAG 2025 – TRADITION, AUFBRUCH UND GESELLIGKEIT

Eine würdevolle Feier im Zeichen der Demokratie

Die alljährliche historische und gesellschaftliche Feier in Uster – der Ustertag – erinnert an die grosse Volksversammlung vom 22. November 1830 in Uster, an der rund 10 000 Menschen aus dem Kanton Zürich demokratische Reformen verlangten.

Marlies Pfister
Fraktionssekretärin
SVP Kanton Zürich
Egg

Dieses Ereignis gilt als einer der wichtigsten Auslöser der liberalen Bewegung in der Schweiz. Der Ustertag steht deshalb bis heute für Bürgerrechte, politische Teilhabe und den Mut zum Wandel.

Frisch, fromm, fröhlich und frei

Die Vorrede in der vollbesetzten Kirche Uster hielt SVP-Nationalrat Martin Hübscher. In seiner Ansprache nahm er Bezug auf die historische Bedeutung des Ustertages: Ein Tag, an dem die Menschen aus der Landschaft ihre Stimme erhoben – friedlich, entschlossen und mit dem klaren Ziel, mehr Freiheit und Mitbestimmung zu erlangen. Der Ustertag zeigt uns: Freiheit und Mitbestimmung sind keine Geschenke von oben, sondern das Ergebnis von Mut, Zusammenhalt und dem Willen der Bürgerinnen und Bürger. Der Geist des Ustertages prägt uns bis heute: «Wir stehen ein für Eigenverantwortung, für Gemeinschaftssinn und für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – sei es in der Familie, im Dorf oder in der Politik.»

Hübscher rief dazu auf, die Lehren aus diesem historischen Ereignis als fortwährenden Ruf zur Wachsamkeit zu verstehen. Die Demokratie, die Gleichberechtigung und die Teilhabe aller – insbesondere der ländlichen Bevölkerung – müssten heute genauso verteidigt werden wie damals.

Er betonte, dass der Ustertag nicht nur ein Rückblick sei, sondern ein Vorbild – ein Symbol dafür, dass das Volk die Kraft hat, Wandel herbeizuführen, wenn es seine Stimme erhebt.

Gleichzeitig verband Hübscher die historische Erinnerung mit aktuellen Werten. Für ihn steht der Ustertag auch für Solidarität, Verantwortung und das Bewusstsein, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder neu erkämpft werden muss. Er verwies dabei auf die vier «F» im Logo des Eidgenössischen Turnvereins, welche für frisch, fromm, fröhlich und frei stehen. «Möge der Geist des Ustertages uns leiten – heute und in Zukunft.»

Nationalrat Martin Hübscher hielt die Vorrede am Ustertag 2025. Bild: zVg

Ein Blick ins Weltall

Die Hauptrede hielt Prof. Dr. Thomas Zurbuchen, Astrophysiker, Professor für Weltraumwissenschaft und -technologie und Leiter von ETH Zürich Space. Er betonte, dass die Schweiz für ihre Zukunft drei «Kräfte» besonders brauche:

Neugier – Der Mut, Fragen zu stellen
Jedes Kind stellt die Frage «warum». Dieses eine Wort ist unglaublich wichtig für den menschlichen Fortschritt. Mit Fragen kommen wir weiter.

Ehrfurcht – Das Staunen über den Himmel und die Erde
In der Kirche Uster war es so still geworden, man hätte eine Stecknadel auf den Boden fallen hören können. Mit Ehrfurcht erzählte Zurbuchen von dem Moment, als er im Juli 2022 zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit durch das James Webb Space Telescope das frühere Universum in höchster Auflösung sah.

Freiheit – Vermächtnis, Hoffnung und der Schweizer Weg
Der Ustertag steht unter anderem für die Freiheit. Der Freiheitsdrang muss bewahrt werden.

Er appellierte, dass die Schweiz die Schweiz bleiben muss: «Dann bleibt unser Land ein Ort, an dem Neugier gefördert, Staunen möglich und die Freiheit verteidigt wird.»

Nach diesen würdevollen Reden folgten Salutschüsse vor der Kirche, bevor sich die Festgemeinde zum öffentlichen Apéro in die Landihalle Uster begab.

Die geladenen Gäste versammelten sich anschliessend für die Nachfeier im Stadthofsaal Uster.

JA ZUR MOBILITÄTSINITIATIVE

Es braucht einen neuen Ustertag

Die Stadt Zürich schottet sich zunehmend vom eigenen Kanton ab – mit Tempo 30, Einbahnlabyrinthen und autofeindlicher Ideologie. Wie schon am Ustertag im November 1830 hat die Zürcher Landbevölkerung mit der Mobilitätsinitiative die Chance, sich gegen die Bevormundung der Stadt zu wehren.

Mario Bonato
SVP Aesch

Die Städte Zürich und Winterthur entfernen sich politisch und mental zunehmend von ihrem Umland. Sie weigern sich vermehrt, ihre Zentrumsfunktion wahrzunehmen. Genau für diese werden sie jedoch vom kantonalen Finanzausgleich entgolten – mit jährlich einer halben Milliarde Franken. Die linksgrüne Mehrheit in den beiden Stadtparlamenten verfolgt eindeutig das Ziel, das Auto aus der Stadt zu verbannen. Das neuzeitliche Bollwerk verwehrt der Landbevölkerung den motorisierten Zugang zur Stadt. Es besteht aus Schwellen, Rotlichtern, Tempo-30-Zonen, Parkplatzabbau, Einbahnlabyrinthen und Veloschnellrouten.

Historische Parallelen

Die Geschichte wiederholt sich – dieses Mal in verkehrspolitischer Form. Vor fast 200 Jahren erhob sich die Landbevölkerung am Ustertag von 1830 gegen die politische Dominanz der Stadt Zürich. Damals zählten die Stimmen des Landes nur zu einem Drittel. Die städtischen Abgeordneten hatten das Sagen. Das Land forderte Gleichberechtigung – und setzte sie durch. Die damaligen Stadtmauern wurden geschliffen und die demokratischen Rechte auf die Landbevölkerung und Arbeiterschaft ausgeweitet. Heute sind es nicht mehr politische Rechte, sondern Mobilitätsrechte, um die gestritten wird. Doch das Muster bleibt leider dasselbe: eine überhebliche Stadt, die das Land bevormundet.

Mobilisierung für die Mobilität

Es ist wieder an der Zeit, die Stadt in die Schranken zu weisen. Die Mobilitätsinitiative schlägt dazu die benötigte Bresche. Sie setzt Tempo 50 auf den Hauptverkehrsachsen im ganzen Kanton durch. Die Landbevölkerung kann sich so ihren Zugang zur Stadt offenhalten.

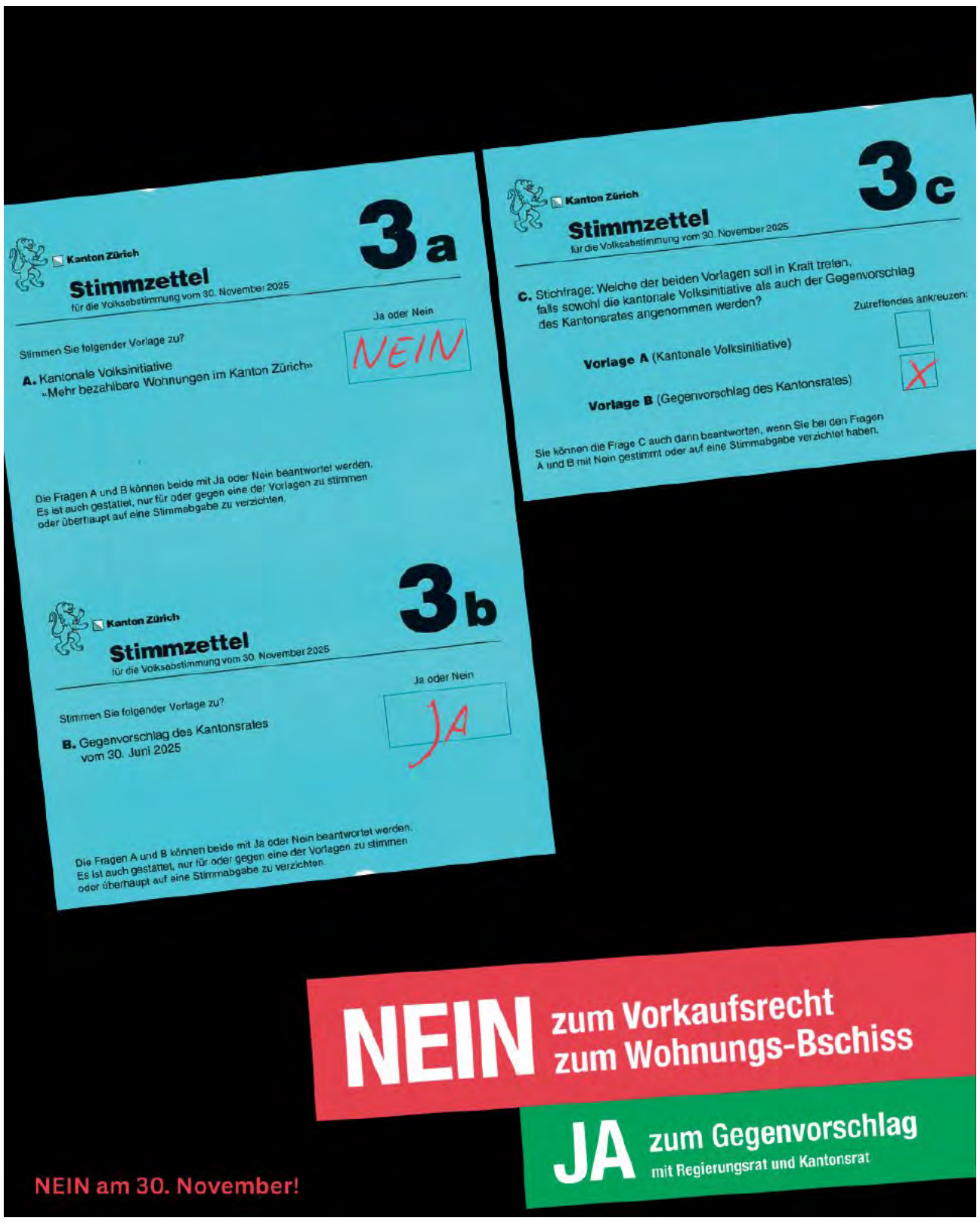
Die Argumente für die Mobilitätsinitiative sind logisch: Verkehr aus den Quartieren fernhalten und auf Hauptverkehrsachsen bündeln, zudem Feuerwehr, Sanität und Polizei ein rasches Vorwärtskommen ermöglichen. Doch die Argumentation verfängt bei den autofeindlichen Ideologen nicht. Es ist Zeit, an die Urne zu gehen und sich zu wehren.

Es braucht das klare Zeichen der Stimmbevölkerung, dass auf den verkehrsorientierten Strassen generell Tempo 50 gelten soll.

Am 22. November 1830 erhob sich die Landbevölkerung in Uster gegen die Vorherrschaft der Stadt. An diesem Sonntag, dem 30. November 2025, kann die Zürcher Landschaft erneut ein Zeichen setzen – friedlich, demokratisch und mit derselben Entschlossenheit.

Deshalb JA zur Mobilität für alle!

Vor fast 200 Jahren erhob sich die Landbevölkerung am Ustertag von 1830 gegen die politische Dominanz der Stadt Zürich – diesen Sonntag hat sie erneut die Möglichkeit dazu. Bild: zVg



SVP URDORF

SVP-Anlass zur Heimat- und Nachhaltigkeitsinitiative und relevanten Themen für Urdorf

Am 19. November 2025 fand im Embri-Saal in Urdorf ein öffentlicher Informationsabend der SVP-Sektion Urdorf unter dem Titel «Heimat bewahren, Zukunft gestalten» statt.

Organisiert wurde der Anlass von Ozzin Jun gemeinsam mit dem Vorstand sowie dem Präsidenten der SVP Urdorf, Werner Rüegg. Jun führte durch das Programm und stellte zu Beginn ihre Kandidatur für das Gemeindepräsidium und den Gemeinderat 2026 vor.

Als Referenten traten auf:
- Benjamin Fischer, Nationalrat;
- Domenik Ledergerber, Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich; und
- Roger Schmidinger, Kantonsrat.

Im Zentrum standen Themen wie Wohnungsmarkt, Zuwanderung, Beziehung zur EU sowie die Rolle der KMU.

v.l.n.r.: NR Benjamin Fischer, KR und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber, Moderatorin Ozzin Jun und KR Roger Schmidinger. Bild: zVg

EU-Anbindung heizt Zuwanderung an

Benjamin Fischer erläuterte aus nationalpolitischer Sicht die Hintergründe und möglichen Folgen der sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative («Keine 10-Millionen-Schweiz»). Er ging insbesondere auf die Auswirkungen eines weiteren Bevölkerungswachstums, auf Wohnungsangebot, Infrastruktur, Sicherheit und Personenfreizügigkeit ein und stellte diese in den Kontext der Entwicklungen in Richtung EU-Anbindung.

Politik für eusi Lüüt

Domenik Ledergerber fokussierte auf die Wohnungsnot im Kanton Zürich und deren konkrete Bedeutung für Gemeinden wie Urdorf. Er thematisierte steigende Mieten, den zunehmenden Druck auf den Wohnungsmarkt sowie die Frage, wie die einheimische Bevölkerung bei der Vergabe von Wohnraum künftig besser berücksichtigt werden kann. In diesem Zusammenhang ging er auch auf die Heimatinitiative ein, die genau hier ansetzt und fordert, dass Schweizerinnen und Schweizer beim Zugang zu knappem Wohnraum wieder stärker Vorrang erhalten sollen.

Roger Schmidinger legte den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für KMU. Er sprach über Bürokratieabbau, effizientere Verfahren und die Notwendigkeit, die Standortattraktivität für kleinere und mittlere Unternehmen zu stärken.

Verständnis und Partizipation fördern

Der Anlass machte deutlich, dass nationale und kantonale Vorlagen nicht abstrakt bleiben, sondern den Alltag in den Gemeinden direkt beeinflussen – sei es im Wohnungsmarkt, bei der Zuwanderung oder bei der Belastung der Infrastruktur. Solche Informationsabende helfen, politische Entscheide besser einzuordnen und die Zusammenhänge zwischen Bundesbern, Kanton und Gemeinde sichtbar zu machen.

Im Anschluss an die Referate hatten die Anwesenden Gelegenheit, Fragen zu stellen und mit den Referenten ins Gespräch zu kommen.

Vertreter der Jungen SVP, Mitglieder aus umliegenden Gemeinden sowie lokale Interessierte nahmen am Anlass teil. Der Abend klang bei einem Apéro mit weiterem Austausch aus.

Ozzin Jun,
Kandidatin Gemeinderat und -präsidium

AUF UND AB

Wirtschaftsabschwung

Nach einer Reihe von guten Jahren stottert die Wirtschaft. Der Abschwung erfolgt unabhängig von Zoll-Streitigkeiten, Frankenwährung oder Ukrainekrieg. Auch wenn die Verantwortlichen gerne nach solchen Gründen und Ausreden suchen.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Der Abschwung findet stets nach langer Zeit der Hochkonjunktur statt. Denn in der Wirtschaft geht es nie nur bergauf. Das Tröstliche ist: Es geht auch nicht immer nur bergab.

1989 herrschte eine grosse Überhitzung, sodass der Bundesrat die Zuwanderung drosseln musste. Das war damals noch möglich, denn es gab noch keine Personenfreizügigkeit mit der EU.

1990 folgte dann ein Einbruch bis 1997. Politiker behaupten, das Ende sei wegen der «bilateralen Verträge» passiert. Dabei sind die «Bilateralen I» erst 1999 unterzeichnet und erstmals im Sommer 2002 in Kraft gesetzt worden.

Es geht der Schweiz besser, weil wir nicht in der EU sind, es besser machen können und weil wir eine eigene Währung haben. Dennoch wollen sich die Verantwortlichen wieder an die EU anbinden. Der Grund liegt in den Sonderinteressen der Politiker, die tatsächlich mehr Macht und Geld erhielten, und an Managern, die nur kurzzeitig denken.

Man sieht heute die Probleme zum Beispiel und vor allem in der europäischen Autoindustrie. China ist heute dort Weltbester. Aber auch die Chinesen laufen in ähnliche Probleme. Denn die freie Marktwirtschaft garantiert keine Krisenlosigkeit, aber sie kann sie besser bewältigen – besser als der Kommunismus und der Sozialismus.

Hinter uns liegt die Automatisierung, was viel Personal überflüssig gemacht hat. Mit der künstlichen Intelligenz können noch mehr Leute ersetzt werden, jetzt zunehmend Akademiker. Darum empfehle ich den Jungen: «Macht eine Lehre!» Handwerker braucht's immer. Und in unserem System ist immer noch jede Weiterbildung möglich.

Gerade in der jetzigen Zeit ist eine Lehre wirtschaftlich attraktiv und wertvoll. Bild: Pexels

ERSCHRECKENDE ZAHLEN

«Explodierende Asylaufwände» oder: «Wenn die Rechnung in der Gemeinde ankommt!»

Die Asylaufwände beim Bund, im Kanton Zürich und in den Gemeinden explodieren und der Trend zeigt weiter nach oben!

René Truninger
Kantonsrat SVP
Illnau-Effretikon

Was bislang abstrakt klang, steht nun schwarz auf weiss in den Gemeinderechnungen. Jüngste kommunale Auswertungen im Bezirk Pfäffikon für die Jahre 2021–2024 belegen kolossale Zuwächse: Hittnau +2367%, Bauma +1021%, Pfäffikon +569%, Weisslingen +297%, Illnau-Effretikon +240%, Lindau +158% und Fehraltorf +100%.

Im Durchschnitt sind die ausgewiesenen Asylaufwände im Bezirk Pfäffikon um enorme 404% angestiegen! Wer heute die Augen vor diesem Problem verschliesst, wird morgen erklären müssen, warum die Gemeindefinanzen aus dem Lot sind und warum weitere Steuerfusserhöhungen drohen.

Warum ist das so?

Die Dynamik hat mehrere Treiber: mehr Asylgesuche, anhaltend hohe Aufnahmequoten, fehlende Trennschärfe zwischen Schutzsuchenden und Wirtschaftsmigranten und ein wachsender Anteil von Personen, die nach Abschluss der Verfahren im lokalen Sozialsystem landen.

In den vorliegenden Zahlen zeigt sich: Rund 43% der Sozialhilfefälle stammen aus dem Asylbereich! Das ist keine blosse Kennzahl, sondern eine dauerhafte Mehrbelastung, die Betreuung, Schule, Gesundheit und Verwaltung direkt trifft.

Hinzu kommt die Konstruktion der Finanzierung. In den ersten fünf bis sieben Jahren (je nach Status) übernimmt primär der Bund. Danach verschiebt sich die Last zu Kanton und Gemeinden. Genau an diesem Kipppunkt stehen wir jetzt. Und weil Rechnungen zeitversetzt wirken, sehen wir heute erst einen Teil dessen, was morgen voll durchschlägt. Das heisst, wenn wir heute nichts tun, führt das morgen zu höheren Asylkosten und zusätzlichem Budgetdruck bei den Gemeinden.

Diese Realität verlangt politische Führung, keine weiteren Beschwichtigungen. Sind sich die Exekutivbehörden der Gemeinden der Dynamik bewusst? Gibt es klare, öffentlich nachvollziehbare Berichte und Zahlen zu Belegung, Dauer und Folgekosten? Oder reagiert man am Ende einfach mit einer Erhöhung des Steuerfusses zulasten der Steuerzahler?

Man kann das unbequem finden. Man kann es auch ignorieren. Aber beides ändert nichts am Befund: Die steigenden Asylaufwände werden an die Gemeinden durchgereicht und dort fehlt das Geld für andere Aufgaben…

Am Ende steht eine politische Frage, die nicht von Fachgremien oder im stillen Kämmerlein entschieden werden kann. Wie viel ist die Gesellschaft bereit zu tragen und wie soll die Schweiz in Zukunft aussehen?

Wer diese Entwicklung stoppen will, setzt an der Urne klare Prioritäten!

Immer mehr Geld für Asylanten, für eusi Lüüt bleibt immer weniger! Bild: SVP Kanton Zürich

LESERBRIEF

Offener Brief an das Sozialamt Uster!

Am 24. November rief mich ein Kollege an. Er war ausser sich sowie deprimiert: «Stell dir vor: Einer ukrainischen Familie wurde eine 4,5-Zimmer-Neubauwohnung zur Verfügung gestellt! Die Wohnung kostet 4200 Franken und ist ausserdem mit neuen Möbeln ausgestattet! Ich fasse es nicht! Geht's noch? Was denkst du, wer das alles bezahlt? Und übrigens hat die Wohnung allen erdenklichen Luxus! Was ist das für eine Regierung in Uster! Ich denke, dies ist nur die Spitze des Eisbergs! Bestimmt gibt es noch weitere Beispiele in Uster, es wird aber alles unter den Teppich gekehrt.»

Ja, was denke ich? Was stimmt? Ich weiss nur: Vor einiger Zeit, damals an der Oberlandstrasse, gab es ähnliche Fragen. Diese wurden aber nie von der Stadt Uster beantwortet. Ich besänftigte meinen Kollegen. Während des Gesprächs kam mir eine Kollegin in den Sinn, die infolge Leerräumung aus der Wohnung muss, aber fast chancenlos ist, eine preisgünstige Wohnung zu finden.

Ebenfalls kommt mir eine Schweizer Familie in den Sinn, die in einer einfachsten Sozialwohnung wohnt.

Alles keine Einzelfälle! Viele sind in der gleichen Situation. Der Unmut in der Bevölkerung wächst! Wen wundert es bei solchen Ungerechtigkeiten! Traurig, der eigenen Bevölkerung wird alles verwehrt und anderen wird in Hülle und Fülle gegeben!

Heidi Hunziker-Kaiser,
Uster

Fadegrad

von
Manuel Zanoni

Tösstalstrasse

Diese Strasse stand in den letzten Wochen stellvertretend für die ideologische Zwängerei des Winterthurer Stadtrates. Selbst 1500 im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens vom Komitee «Tösstalstrasse muss offenbleiben!» gesammelte Unterschriften konnten die Stadt nicht davon abhalten, das unausgegorene Sanierungsprojekt auf einer der wichtigsten Hauptverkehrsachsen Winterthurs in die Tat umzusetzen. Vielmehr verschlimmerte sie das Endprojekt sogar: Im Mitwirkungsbericht schrieb die Stadt noch, dass Tempo 30 auf einen Abschnitt von 300 Metern beschränkt bleibe.
Ohne die Bevölkerung vorzuinformieren, dehnte sie Tempo 30 nicht nur auf den gesamten 1,5 Kilometer langen Strassenabschnitt aus, sondern schloss gleich noch zusätzliche Strassen mit ein. Mitwirkung der Bevölkerung? Fehlanzeige. Das gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungsverfahren wird so zur absoluten Farce und einer rein bürokratischen Übung.
Die zuständige Stadträtin behauptete in Interviews, dass sich aufgrund weniger Stop-and-Go der Verkehr insgesamt verflüssige. Ein Widerspruch in sich, denn selbst der Bus verliert auf dieser Strecke nun eine halbe Minute, weshalb es eine zusätzliche Buskomposition für eine halbe Million Franken braucht. Für Autos, die hinter dem Bus herfahren, wird die Tösstalstrasse hingegen zur Tempo-15-Zone mit zusätzlichem Stop-and-Go! Zusätzlich sind Fahrbahnhaltestellen geplant, an denen der mit durchschnittlich 15 km/h fahrende Bus nicht überholt werden kann.
Es kommt noch schlimmer, denn der Stadtrat plant ein gefährliches Verkehrsexperiment: Einen «Mischverkehrsstreifen» auf einer Hauptverkehrsachse mit 15 000 bis 18 000 Fahrzeugen täglich. Autos, Lastwagen, Velos und Fussgänger sollen sich den Platz teilen – Russisch Roulette im Strassenverkehr, besonders für Schulkinder. Dafür soll sogar die sichere Lichtsignalanlage an gleicher Stelle geopfert werden. Dabei treten weitere Widersprüche des Stadtrats zutage: Der Stadtrat mutet den Schulkindern Mischverkehr zu und missachtet dabei Sicherheitsstandards, während er bei Verkehrsinseln auf maximale Sicherheit bedacht ist. An der nächsten Kreuzung plant er in jede der vier Fahrtrichtungen riesige Betoninseln, und zwar so gross wie nur möglich, obwohl es dort bereits Lichtsignale hat. Durch die Inseln ist die Fahrbahn so verengt, dass bei Rückstau am Lichtsignal keine Rettungsgasse mehr gebildet werden kann. Die Rettungskräfte kommen an einem haltenden Bus oder Lastwagen physisch gar nicht mehr vorbei. Die vom Stadtrat geplante Blockierung der Tösstalstrasse ist lebensgefährlich und wirtschaftsfeindlich: Die Tösstalstrasse ist die Hauptschlagader für die Quartiere Seen und Sennhof sowie das Tösstal. Rettungskräfte, Wirtschaft, Gewerbe und Pendler sind auf offene Hauptverkehrsachsen angewiesen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zürich hortet Bauland, statt Wohnraum zu schaffen

Zürich wächst und mit der Bevölkerungszuwanderung steigen die Mieten. Doch während die Stadtverwaltung von einer «aktiven Wohnpolitik» spricht, lässt sie enorme Landreserven ungenutzt liegen. Anstatt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hortet Zürich Grundstücke in der Stadt selbst und weit über die Gemeindegrenzen hinaus.

Reto Brüesch
Gemeinderat SVP
Zürich

Gemäss dem Portfolio der Dienstabteilung Liegenschaften Stadt Zürich verfügt die Stadt über rund 1,8 Millionen Quadratmeter Landreserven und Baurechte. Etwa 640 000 Quadratmeter befinden sich auf Stadtgebiet, weitere 1,17 Millionen in Nachbargemeinden und im übrigen Kanton. Ein erheblicher Teil davon in Bauzonen, die grundsätzlich bebaubar wären. Doch statt zu bauen oder Baurechte zu vergeben, liegen viele dieser Flächen jahrzehntelang brach.

Schon im Jahr 2019 hat Alt Gemeinderat Martin Götzl mit einer schriftlichen Anfrage das Problem aufgegriffen, gegangen ist bisher nichts von der Stadtverwaltung.

Die offizielle Begründung lautet: Man sichere «strategische Landreserven» für künftige städtische Bedürfnisse, etwa Schulhäuser, Freiräume oder Infrastruktur. Doch während die Stadt jedes Jahr wächst und die Wohnungsnot zunimmt, wirkt diese Vorratspolitik zunehmend wie eine Ausrede für Untätigkeit. Land, das in Bauzonen liegt, ist per Definition für die Nutzung vorgesehen und nicht für den Dornröschenschlaf.

Anstatt weitere Flächen in Monopoly-Manie mit Steuergeldern anzukaufen, sollte Zürich endlich das tun, was sie in jeder wohnpolitischen Mitteilung betont: Wohnraum fördern und nicht Boden horten! Wohnraum für eusi Lüüt! Bild: zVg

Strategische Reserve oder teurer Leerlauf?

Der Stadtrat hat sich verpflichtet, bis 2050 das sogenannte Drittelsziel zu erreichen: Ein Drittel aller Mietwohnungen soll gemeinnützig sein. Der aktuelle Anteil liegt bei 27 Prozent. Zugleich gibt der Stadtrat jährlich Hunderte Millionen Franken aus, um bestehende überteuerte Liegenschaften zu erwerben; im Budget 2025 sollen 500 Millionen für Ankäufe eingestellt werden.

Doch während die Stadtverwaltung Zürich also neues teures Land aufkauft, bleiben bestehende Grundstücke in und um die Stadt Zürich ungenutzt. Das ist widersprüchlich und extrem teuer für die Steuerzahler. Jeder Quadratmeter städtisches Bauland, der unbebaut bleibt, bedeutet eine verpasste Chance, günstige Wohnungen zu schaffen. Stattdessen steigen Bodenpreise und Baukosten weiter und mit ihnen der Druck auf die Mietenden.

Hilflos teure Vorkaufsrechte anstatt bestehende Landreserven nutzen

Noch absurder wirkt diese Situation im Licht der bevorstehenden kantonalen Abstimmung: Diesen Sonntag entscheidet das Zürcher Stimmvolk über die sogenannte Vorkaufsrecht-Initiative von Mittelinks. Sie will den Gemeinden das Recht geben, bei grösseren Immobilienverkäufen «zuerst zuzuschlagen» – mit dem Ziel, Liegenschaften für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu sichern.

Was gut klingt, droht in der Praxis die bestehenden Probleme zu verschärfen. Denn schon heute sitzen Gemeinden wie Zürich auf riesigen, ungenutzten Landreserven. Unsere Vorstösse, neben Schulhäusern, Kindergärten oder Alterssiedlungen die Landreserven zu aktivieren und mehr Wohnraum zu erschaffen, werden abgelehnt.

Ein zusätzliches Vorkaufsrecht würde den Druck, diese Flächen endlich zu aktivieren, weiter mindern. Statt neue Grundstücke zu sehr hohen Preisen zu kaufen, sollte die Stadt zuerst die bestehenden Potenziale nutzen. Andernfalls entstehen nicht mehr bezahlbare Wohnungen, sondern ein immer grösserer Landreservenberg finanziert von den Steuerzahlern.

Zeit, die Landreserven zu aktivieren

Wer bezahlbaren Wohnraum will, muss bauen. Die Stadt Zürich könnte durch eigene Überbauungen, Baurechtsvergaben oder gezielte Verkäufe innerhalb weniger Jahre Tausende neue Wohnungen in der Stadt Zürich und auch in den Agglomerationsgemeinden ermöglichen. Eine verbindliche Aktivierungsstrategie im Wohnbereich mit klaren Fristen und Zielen wäre ein erster Schritt.

AUS DEM STADTPARLAMENT ILLNAU-EFFRETIKON

Gemeindewahlen werden zur Schicksalswahl

Die städtischen Finanzen in Illnau-Effretikon hängen zunehmend schief und die linken Mehrheiten blockieren wirkungsvolle Sparmassnahmen. Für die fleissigen Steuerzahler steht deshalb bei den bevorstehenden Gemeindewahlen viel auf dem Spiel. Die Ortspartei bündelt ihre Kräfte und strebt Sitzgewinne in mehreren Behörden an.

Simon Binder
Stadtparlamentarier und
Stadtratskandidat SVP
Illnau-Effretikon

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Beitrags steht das Budget 2026 der Stadt Illnau-Effretikon unterdessen fest – doch die Meinungen sind schon im Vorfeld gemacht. Die linke Ratshälfte will den Steuerfuss weiter hochschrauben, nachdem dieser bereits per Anfang dieses Jahres um drei Prozentpunkte erhöht wurde und trotz der Tatsache, dass unsere Stadt schon jetzt 15 Steuerprozente über dem kantonalen Mittel liegt. Gleichzeitig wollen die linken Kräfte das Sparpaket zerpflücken, welches zuvor die Stadtverwaltung in einem aufwendigen Prozess geschnürt hat. Und dies, obschon wir im kommenden Jahr an der Schuldenobergrenze kratzen. Ob wir diese Exzesse letztlich noch verhindern konnten, ist nur von kurzfristiger Bedeutung, denn spätestens bei der nächsten Budgetberatung werden «die Linksgrünen» wieder dieselben einfachen Methoden auspacken: Steuern erhöhen und jede Sparbemühung torpedieren!

Die Grenzen der parlamentarischen Einflussnahme

Schon die zweite Legislaturperiode in Folge verpasste die SVP den Einzug in die Illnau-Effretiker Stadtregierung. Dieser Umstand ist nicht nur für die Ortspartei sehr unglücklich, sondern geht auch an unserer Stadtgemeinde nicht spurlos vorbei, denn viele Detailentscheide lassen sich aus der parlamentarischen Opposition kaum bekämpfen. Ein Beispiel: Aktuell gestaltet die Stadt die Trottoirs jeder Quartierstrasse nach und nach mit sogenannten «Öko-Sickersteinen» mitsamt Baumgruben um, in Summe mit Mehrkosten in Millionenhöhe sowie weiteren Folgekosten im Unterhalt. Diesen Grundsatzentscheid versuchte ich vor dem Bezirksrat Pfäffikon anzufechten, wo ich schlussendlich unterlag.

Dessen Begründung: Jede Quartierstrasse sei isoliert zu betrachten und liege als gebundene Sanierung in der stadträtlichen Kompetenz. Will heissen: Ohne einen Einsitz im Stadtrat hat die SVP und die örtliche Bevölkerung bei der Strassengestaltung offenbar kein Mitspracherecht mehr. Und dies ist nur ein Projekt von vielen ideologischen Auswüchsen, das unseren ohnehin schon angespannten Gemeindehaushalt zusätzlich belastet.

Eine Stadt am Wendepunkt

Um unseren städtischen Haushalt als ausufernden Selbstbedienungsladen zu bremsen, brauchen wir die passenden Mehrheitsverhältnisse. Die Stimmberechtigten in den Zürcher Gemeinden wählen im Frühjahr 2026 ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter für die nächste Amtsdauer in die kommunalen Behörden. In der Parlamentsgemeinde Illnau-Effretikon wird jener Wahlsonntag zur Schicksalswahl, denn wir erleben mit der Zentrumsentwicklung rund um den Bahnhof Effretikon zurzeit einen bedeutenden Bevölkerungszuwachs und einen damit einhergehenden demografischen Wandel. So soll in der kommenden Legislaturperiode die Wohnbevölkerung um 3000 Personen anwachsen und so bis ins Jahr 2030 die 20 000-Einwohner-Grenze geknackt werden. Bei all den Neuzuzügern ist der Steuerfuss ein massgebender Faktor, ob unsere Stadt zu einer weiteren linken Hochburg verkommt oder ob die Entwicklung zu einem bürgerlich dominierten Lebens- und Arbeitsmittelpunkt mit attraktiven Rahmenbedingungen für den Mittelstand gelingt.

Mit einem Zweierticket in den Stadtrat

Die Rückkehr in die Stadtregierung ist eine grosse Hürde, jedoch steht viel zu viel auf dem Spiel, um nicht mit allen Mitteln die politische Kehrtwende zu versuchen. Hierfür gehen Daniel Huber und meine Person auf einen intensiven Stimmenfang bei all jenen Stimmbürgern, die sich eine lösungsorientierte Politik nahe an den Bedürfnissen der Bevölkerung wünschen.

Genau wie in Illnau-Effretikon steht das kommende Frühjahr auch in den übrigen 159 Gemeinden des Kantons Zürich im Zeichen der Kommunalwahlen. Für unseren Erfolg ist die erfolgreiche Mobilisierung der Wählerbasis zentral. Den Leser möchte ich deshalb dazu ermutigen, sein persönliches Umfeld (Partner, Kinder, Verwandtschaft, Freunde, Arbeitskollegen etc.) zur politischen Partizipation zu motivieren. Stehen wir gemeinsam ein für unsere bürgerlichen Werte und bringen wir unsere Kommunen mit konstruktiver und bürgernaher Politik voran!

Wollen den Einsitz der SVP im Illnau-Effretiker Stadtrat zurückerobern: Daniel Huber (links) und Simon Binder (rechts). Bild: zVg

SVP ZÜRICH KREIS 6

Stabsübergabe in der Kreispartei

Am 17. November fand in der Röslischüür im Zürcher Stadtkreis 6 die Mitgliederversammlung 2025 der Kreispartei statt.

Der Anlass war sehr gut besucht. Neben den klassischen Traktanden ging es um den Rücktritt des Präsidenten Walter Anken und die Wahl einer Präsidentin für diese Kreispartei. Nach acht Jahren als Kreisparteipräsident will Anken das Präsidium in jüngere Hände geben. Mit Jane Bailey fand der Vorstand eine äussert geeignete Kandidatin für dieses verantwortungsvolle Amt.

Jane ist seit vielen Jahren im Vorstand der SVP-Kreispartei 10 und zudem auch in der Geschäftsleitung der SVP-Stadtpartei. Fleissige Leser des «Zürcher Boten» konnten schon einige Artikel von Jane lesen und wissen damit, dass sie voll hinter den Anliegen der SVP steht. Die Mitglieder der Kreispartei 6 haben Jane Bailey an der GV einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt.

Der Vorstand gratuliert Jane herzlich zur Wahl und wünscht ihr viel Erfolg in diesem Amt.

Walter Anken,
abtretender Präsident SVP Zürich Kreis 6

v.l.n.r.: Beat Camen (Alt Gemeinderat), Walter Anken (Gemeinderat und abtretender Kreisparteipräsident), Eveline Widmer (Bezirksrichterin), Christoph Marty (Kantonsrat), Jane Bailey (frisch gewählte Kreisparteipräsidentin), Ueli Bamert (Kantonsrat und Kandidat für den Stadtrat und das Stadtpräsidium), Christiaan Neijzen und Benedikt Hoffmann (Oberrichter). Bild: zVg

SVP BEZIRK BÜLACH

Delegiertenversammlung im Zeichen von Wahlen und Abstimmungen

Die Delegierten der SVP Bezirk Bülach trafen sich am 13. November 2025 im Gasthof Hecht in Winkel.

Nationalrat Mauro Tuena stellte der Delegiertenversammlung die Abstimmungsvorlagen vor und nach jeweils regen Diskussionen folgte die Bezirkspartei den von Mauro Tuena vorgeschlagenen Parolen der SVP des Kantons Zürich.

Fokus Wahlen 2026 und 2027

Ein weiteres Traktandum widmete sich den bevorstehenden Gemeindewahlen. Die Sektionen wurden ermutigt, frühzeitig Kandidaten zu suchen und zu nominieren, lokale Themen zu schärfen und die Vernetzung über den ganzen Bezirk hinweg zu intensivieren, um geschlossen und sichtbar aufzutreten.

Im Hinblick auf die Kantonsratswahlen 2027 wählte die Delegiertenversammlung zudem den Präsidenten und die Mitglieder der Wahlkommission. Als Präsident wurde René Huber (Stadtpräsident Kloten) und als Mitglieder Roman Schmid (Kantonsrat und Stadtpräsident Opfikon) und Christian Pfaller (Kantonsrat und Gemeindepräsident Bassersdorf) gewählt, womit die organisatorische Grundlage für eine starke und gut vorbereitete Kampagne im Bezirk Bülach gelegt ist.

Rück- und Ausblick

Es folgte ein Rückblick auf das vergangene Herbstfest in Wallisellen, das mit rund 80 Gästen gut besucht war und als familiärer Anlass gewürdigt sowie der SVP Wallisellen unter Leitung ihres Präsidenten und Kandidaten für das Stadtpräsidium, Adrian Bangerter, verdankt wurde.

Zum Abschluss informierte Bezirksparteipräsident Christian Pfaller über die Termine und Anlässe des nächsten Jahres und wies auf die Bedeutung einer breiten Mobilisierung im Hinblick auf die anstehenden Abstimmungen und Wahlen hin. Unter «Verschiedenes» bot sich den Delegierten nochmals Gelegenheit für Fragen oder News aus den Sektionen, bevor die Versammlung nach einem gelungenen Abend offiziell geschlossen wurde.

Andreas Keiser,
Kantonsrat SVP,
Glattfelden

NR Mauro Tuena warb für ein JA zur Mobilitätsinitiative. Bild: zVg

SVP OETWIL AM SEE

Kandidaten für Gemeindewahlen 2026 bestimmt

Die gutbesuchte Parteiversammlung der Sektion Oetwil am See hat alle Kandidaten mit Applaus zur Wiederwahl empfohlen.

Für den Gemeinderat sind dies die bisherigen Thomas Pally und Erich Schärer, für die Rechnungsprüfungskommission der bisherige Dominik Schlumpf. Bedauerlicherweise konnten trotz etlicher Anfragen keine weiteren Kandidaten gewonnen werden, auch nicht für die Schulpflege.

Die Versammlung befasste sich aber vor allem mit dem Geschäft der kommenden Gemeindeversammlung vom 1. Dezember: Das Budget für 2026 erläuterte Finanzvorstand Peter Küng (parteilos). Dabei hat er die umfangreiche Planung anschaulich und verständlich dargestellt. So ist auch die vorgesehene Steuerfussreduktion um zwei Prozentpunkte auf 114% erfreut aufgenommen worden.

Explodierende Aufwände im Asylwesen

Aus der Versammlung wurde aber auf die drastisch zunehmenden Aufwendungen im Asylwesen hingewiesen. Diese haben sich allein in den Jahren 2021–2024 um rund 120% gesteigert, also von 350 000 auf 800 000 Franken – eine beängstigende Entwicklung, die allerdings im ganzen Kanton und auch in der gesamten Schweiz unvermindert anhält.

Nach ausgiebiger Diskussion hat die Versammlung das Budget 2026 einstimmig genehmigt.

Als Zugabe hat Bauvorstand Erich Schärer noch einen Überblick über die komplexe Bau- und Investitionsplanung präsentiert.

Eugen Hunziker,
Präsident SVP Oetwil am See

Die Anwesenden diskutierten ausgiebig über die ausufernden Aufwände im Asylwesen. Bild: zVg

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!

svp.ch/mitmachen/spenden

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 30. November 2025

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»	NEIN
2. Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»	NEIN

Kantonale Vorlagen

1. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) (Änderung vom 7. April 2025; Prämienverbilligung, Bundes- und Kantonsbeitrag)	NEIN
2. A. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 12. Mai 2025	NEIN
C. Stichfrage	Gegenvorschlag
3. A. Kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»	NEIN
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 30. Juni 2025	JA
C. Stichfrage	Gegenvorschlag
4. Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 31. März 2025)	JA

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Affoltern am Albis
Samstag, 6. Dezember 2025, bis Sonntag, 7. Dezember 2025, SVP-Stand am Chlausmärt, Obere Bahnhofstrasse, Affoltern am Albis.

Bezirk Hinwil/Rüti
Sonntag, 30. November 2025, 11.00–18.00 Uhr, SVP-Stand am Weihnachtsmarkt, Klosterhof, Rüti.

Bezirk Meilen
Samstag, 29. November 2025, 18.00 Uhr, Adventsabend, Haus Wäckerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See, mit Nationalrat Pascal Schmid. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svpbezirkmeilen.ch.

Bezirk Meilen/Herrliberg
Freitag, 2. Januar 2026, 14.00 Uhr, Bächtelishöck, Waldhütte, Hüttenweg 30, Herrliberg.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Freitag, 12. Dezember 2025, 18.30 Uhr, Jahresausklang, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz. Kosten: 40 Franken. Anmeldung unter www.svp-kuesnacht.ch.

Bezirk Uster/Uster
Dienstag, 9. Dezember 2025, 14.30–17.00 Uhr, Nachmittagshöck, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Bezirk Winterthur/Elgg
Freitag, 5. Dezember 2025, 17.00–21.00 Uhr, SVP-Stand am Elgger Chlausmärt, historischer Dorfkern, Elgg.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Sonntag, 4. Januar 2026, 16.00 Uhr, Neujahrsapéro, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Freitag, 30. Januar 2026, 18.15 Uhr, SVP-Jassturnier, Mehrzweckhalle, Schulstrasse 24, Hettlingen. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 25. Januar 2026 an rj-buechi@bluewin.ch.

VERANSTALTUNGEN GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen.

Bezirk Andelfingen/Ossingen
Mittwoch, 21. Januar 2026, 19.30 Uhr, Weinhandlung Wiesendanger, Im Berg 3, Ossingen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Montag, 9. Februar 2026, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 26. März 2026, 18.30 Uhr, Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, Uster, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Martin Hübscher und Pascal Schmid.

Bezirk Uster/Wangen-Brüttisellen
Montag, 26. Januar 2026, 19.30 Uhr, Gsellhof, Schüracherstrasse 10, Brüttisellen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Montag, 23. März 2026, 18.00 Uhr, Zelglitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00–16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Breitisaal, Seebnerstrasse 21, Winkel. Weitere Informationen zur Anmeldung folgen.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Einladung zum SVP-Jassturnier

Was:	Schieber-Jass mit zugelostem Partner
Wann:	Freitag, 30. Januar 2026, 19.00 Uhr
	Standblattausgabe ab 18.15 Uhr bis spätestens 18.45 Uhr
Organisation:	SVP Hettlingen
Wo:	Mehrzweckhalle Hettlingen, Schulstrasse 24
Einsatz:	Fr. 25.00

Es sind schöne Preise zu gewinnen. Alle Jasser und Jasserinnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer.
Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Melden Sie sich ab sofort an, aber spätestens bis So, 25.01.2026 an:

Ruth Büchi-Vögeli, Heurüti 1, 8353 Elgg, Tel. 079 642 27 39
E-Mail: rj-buechi@bluewin.ch

Wir heissen Sie heute schon herzlich willkommen und wünschen viel Spass und natürlich „guet Jass"!

✂

Anmeldung zum SVP-Jassturnier, 30. Januar 2026 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Strasse..... PLZ, Ort.....

E-Mail/Telefon ..... Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Strasse..... PLZ, Ort.....

E-Mail/Telefon ..... Unterschrift.....